

Der Bund, 15. 5. 2009

## Günstig Wohnen: Kritik des Stadtrats

Von Ivo Gehrig

Das Vorgehen der Stadt gegen die Mieterschaft günstiger Wohnungen sei «schon fast skandalös», hiess es gestern.

Von rechts und links hagelte es gestern Abend im Stadtrat Kritik an der Stadtberner Liegenschaftsverwaltung. Diese hat im April rund 1600 Mieter günstiger städtischer Wohnungen angeschrieben. Ihnen wurden in einer einseitigen Mietvertragsänderung neue Vermietungskriterien unterbreitet und mit der Kündigung gedroht, sollten die Kriterien nicht erfüllt sein. Nach heftigem Widerstand der Betroffenen zog die Verwaltung das Schreiben zurück: Man habe realisiert, «dass gewisse Probleme in ihrer Tiefe nicht vollumfänglich erkannt worden sind». So etwa, dass in vielen Wohnungen bisher keine Einkommenskriterien galten und solche allenfalls gar widerrechtlich wären («Bund» vom 30.4. und 5.1.).

«Grosse Schlamperei»

Keine Partei stellte gestern Abend das Motiv der Liegenschaftsverwaltung für die Mietvertragsänderungen infrage: Günstiger Wohnraum soll benachteiligten Menschen zur Verfügung stehen, betonte etwa Nathalie Imboden (gb/ja). Doch die Frage sei, welches Vorgehen gewählt werde, sagte Corinne Mathieu (sp), die mit einem Vorstoss die Diskussion ermöglicht hatte. Die Liegenschaftsverwaltung sei «gewaltig ins Fettnäpfchen getreten», nicht zum ersten Mal habe sie sich «wie der Elefant im Porzellanladen» verhalten. Geltende Vermietungskriterien seien seit Jahren nie kontrolliert worden, stellte Mathieu fest und sprach von einer «grossen Schlamperei». Die Frage nach der Verantwortlichkeit müsse gestellt werden, doppelte Imboden nach. Erik Mozsa kritisierte im Namen der GFL/EVP-Fraktion das Vorgehen als «unsensibel»; langjährige Mieter seien unnötig in Angst versetzt worden. Ähnlich tönte es bei der BDP/CVP-Fraktion: Das Vorgehen sei «schon fast skandalös» gewesen, sagte Sprecher Kurt Hirsbrunner. Bernhard Eicher (jf) sah die freisinnige Skepsis gegenüber der Schaffung von günstigem Wohnraum bestätigt. Letzterer führe ins Dilemma: Leute zögen zu Recht ein und müssten später aufgrund gestiegener Einkommen entwurzelt werden. Eicher schlug vor, marktübliche Zinse einzuführen und finanziell Benachteiligte auf einem anderen Weg zu unterstützen.

Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp) verzichtete darauf, auf die «Polemik» einiger Parteien zu reagieren. Fehler könnten passieren, sagte sie. Die Liegenschaftsverwaltung gehe über die Bücher und werde neue Vorschläge machen, wie günstiger Wohnraum gerecht verteilt werden könne.